

# Aus der totalitären Welt

## Kirchenpolitik in der „DDR“

Wenn auch im großen und ganzen in der letzten Zeit keine grundlegenden Veränderungen in der religions- und kirchenpolitischen Situation in der „DDR“ eingetreten sind, so gibt es doch einige bemerkenswerte Vorgänge zu registrieren (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 258 ff.).

Das politische Hauptziel der SED besteht gegenwärtig vornehmlich in der Durchsetzung der internationalen Aufwertung und Anerkennung der „DDR“. Die Erreichung dieses Zieles erfordert eine innere Festigung vor allem durch wirtschaftliche Erfolge. Dieser politische Kurs verlangt aber auch ein relativ normalisiertes, nicht gespanntes Verhältnis zu den Kirchen. Vom Frontalangriff früherer Jahre sind die SED und die kommunistischen Behörden zur Belagerungstaktik übergegangen, wobei in verstärktem Maße die Ost-CDU als Instrument kommunistischer Kirchenpolitik eingeschaltet wird.

Wenn die SED-Führung auch augenblicklich bestrebt ist, größeren Konflikten mit den Kirchen aus dem Wege zu gehen, so wird der Druck auf die Gläubigen unvermindert beibehalten und werden in wesentlichen Fragen keine Konzessionen gemacht.

Die Lage der katholischen Kirche in der „DDR“ ist zur Zeit als ernst zu bezeichnen. Ernsthafte Schwierigkeiten sind gegeben bzw. für die nächste Zeit zu erwarten. Unter Vermeidung einer öffentlichen Verfolgung wird die Rechtsstellung der Kirche geschmälert und ihre Wirksamkeit nach außen fortwährend eingeeengt, wobei die Artikel der Verfassung zuungunsten der Kirche ausgelegt werden. Andere Rechtsmittel können nicht in Anspruch genommen werden. Für einen *modus vivendi* in rechtsstaatlichem Sinne fehlen die Voraussetzungen.

Sofern man gegenwärtig in der „DDR“ überhaupt von einem Prozeß der Entideologisierung im Rahmen der außerordentlich bescheidenen Entstalinisierung in Mitteldeutschland und dem Trend zu einer zunehmenden Versachlichung reden kann, so gibt es in weltanschaulichen Fragen keinerlei Auflockerungstendenz, nicht einmal in den Arbeiten jener mitteldeutschen Schriftsteller, die in anderen Fragen durchaus kritisch — teils offen, teils versteckt — gegenüber der kommunistischen Doktrin und der Wirklichkeit eingestellt sind. In der Frage des Atheismus hat die SED-Führung innerhalb der Partei keine nennenswerten Abweichungen zu bekämpfen. Zwar gibt es einen Trend zum „Skeptizismus“ gegenüber der kommunistischen Doktrin, aber der atheistische Gehalt der kommunistischen Weltanschauung wird am wenigsten in Frage gestellt.

Bisher gibt es auch keine Anzeichen dafür, daß die Konflikte innerhalb des kommunistischen Lagers (Peking—Moskau) und die vorhandenen nationalkommunistischen Regungen die Situation der Kirche erleichtern. Andererseits haben jedoch die kirchenpolitischen Vorgänge in einem kommunistischen Land zumindest indirekte Konsequenzen für die anderen Länder. Die Abmachungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Ungarn bzw. Jugoslawien sowie die Verhandlungen mit der CSSR rufen auch in Mitteldeutschland gewisse Rückwirkungen hervor.

Die mitteldeutschen Kommunisten betreiben eine sehr elastische Kirchenpolitik. Im Auftrage des SED-Polit-

büros und der Regierung führt der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, in betont korrekter, höflicher Form von Zeit zu Zeit mit den Repräsentanten der Kirchen Gespräche, wobei in zahlreichen Fragen sachlich hart die unterschiedlichen Meinungen aufeinanderprallen.

Ausgehend von der kommunistischen Zwei-Staaten-Theorie werden vor allem die Verbindungen der Kirchenleitungen in der „DDR“ zu den Kirchenleitungen in der Bundesrepublik weitgehend unterbunden. Kirchliche Einrichtungen, die beide Teile Deutschlands umspannen, dürfen in Mitteldeutschland nicht existieren. Für diese Konzeption gibt es sehr konkrete Beispiele.

Die mitteldeutschen Bischöfe erhalten keine Ausreisegenehmigung zur Teilnahme an der Fuldaer Bischofskonferenz.

Der Erzbischof von Paderborn und die Bischöfe von Osnabrück, Fulda und Würzburg erhalten seit Jahren keine Einreisegenehmigung zum Besuch ihrer in der „DDR“ liegenden Kirchengemeinden.

Am 21. September 1966 wurde dem Bischof von Fulda, Adolf Bolte, entgegen früheren Gepflogenheiten sogar das Betreten Ost-Berlins nicht gestattet. Bischof Bolte wurde am Grenzübergang nach West-Berlin zurückgeschickt. Da Bürger der Bundesrepublik bis jetzt Ost-Berlin ohne Voranmeldung in den Tagesstunden betreten dürfen, handelt es sich im vorliegenden Fall um eine gezielte ungesetzliche Schikane.

Übersetzte Konzilsdokumente, die von der Fuldaer Bischofskonferenz autorisiert sind, dürfen in der „DDR“ nicht verbreitet werden, dagegen gibt es keine Verbreitungsschwierigkeiten, wenn die Konzilsdokumente von der Berliner Ordinarienkonferenz autorisiert sind.

Auch dem Vorsitzenden der EKD und Bischof von Berlin und der Mark Brandenburg, Dr. Kurt Scharf, ist die Ausübung seines Amtes in der „DDR“ unmöglich gemacht. Obwohl Bischof Scharf trotz seiner am 1. September 1961 erfolgten Ausweisung sich noch heute öffentlich als Bürger der „DDR“ bekennt und ausdrücklich erklärt, daß die „DDR“ kein totalitärer Staat sei.

### *Wunsch nach „nationaler“ Bischofskonferenz*

Nach wie vor wird von den Kommunisten gewünscht, daß sich die evangelische Synode und die katholische Bischofskonferenz in der „DDR“ zur nationalen Bischofskonferenz der „DDR“ formieren und auch aus den gesamtdeutschen Kirchenkonferenzen ausscheiden. Die „begegnung“ hat in „schöpferischer“ Interpretation von Konzilsdokumenten die Anpassung der Diözesangrenzen an die Realität der beiden deutschen Staaten gefordert und die Formierung der mitteldeutschen Bischöflichen Kommissariate Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Meiningen zu neuen Diözesen gewünscht (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 166).

Die Kommunisten sind im übrigen verstärkt bemüht, soweit es geht, auch die Kirchen in Mitteldeutschland für die Anerkennungs- und Aufwertungsbestrebungen der „DDR“ einzuschalten. Auslandsreisen (außer Bundesrepublik) zwecks Teilnahme an Tagungen und Konferenzen werden daher für Würdenträger der Kirchen relativ häufig bewilligt. Die Würdenträger sind im Ausland moralisch verpflichtet, als loyale Bürger der „DDR“ auf-

zutreten und allein durch ihre Anwesenheit Zeugnis von der Existenz eines „zweiten deutschen Staates“ zu geben und den Eindruck von normalen Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu bestärken.

Die Kommunisten haben inzwischen gelernt, ihren Kampf gegen Religion und Kirche elastischer und mit feineren und differenzierteren Methoden zu führen. Die SED und die kommunistischen Behörden entwickeln vielfach eine örtlich differenzierte Taktik, um eine einheitliche kirchliche Abwehrreaktion weitgehend zu erschweren. Während in manchen Gegenden der „DDR“ die kirchliche Bautätigkeit außerordentlich gedrosselt ist und seit Jahren um Baugenehmigung für kleinste Objekte vergeblich gerungen wird, gibt es in manchen Orten relativ beachtliche Konzessionen. Während in manchen Gebieten der Druck zur Jugendweihe erheblich zunimmt, wird die Jugendweihe in anderen Orten dem Selbstlauf überlassen und spielt dort keine große Rolle mehr. Offenbar handelt es sich bei diesen Unterschiedlichkeiten nicht um örtliche Zufälligkeiten.

#### *Druck auf Jugendziehung*

In der Frage der Jugendziehung hat sich dagegen ziemlich einheitlich der Druck auf christliche Schüler und Eltern erhöht, weil seit einigen Monaten sowohl in Reden von Walter Ulbricht, der Volksbildungsministerin Margot Honecker und dem FDJ-Vorsitzenden Horst Schumann als auch in Artikeln im „Neuen Deutschland“, in der „Einheit“ und der „Deutschen Lehrerzeitung“ die „verstärkte klassenmäßige Erziehung“ als Schwerpunkt an der „politisch-ideologischen Front“ herausgestellt wird.

Nach einer gewissen Anlaufphase ist die SED-Führung offenbar entschlossen, das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ (verabschiedet am 25. Februar 1965) voll anzuwenden (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 475 ff.). Durch die Verstärkung der sozialistischen Erziehung will die SED dem auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees (Dezember 1965) angeprangerten verbreiteten Skeptizismus unter der Jugend entgegenzutreten. *Alle* Unterrichtsfächer sollen für eine klassenmäßige, streng parteiliche Erziehung ausgenutzt werden. Schule, Eltern und Jugendorganisationen (FDJ und Thälmann-Pioniere) sollen in einem ganzheitlichen System sozialistischer Erziehung im schulischen und außerschulischen Bereich zusammenwirken. Die FDJler und Thälmann-Pioniere werden durch Verbandsaufträge angespornt, „richtige“ Lebensentscheidungen zu treffen: Teilnahme an der Jugendweihe, Ergreifung eines volkswirtschaftlich wichtigen Berufs, Verpflichtung für den Wehrdienst auf Zeit, Eintritt in die SED.

Angesichts dieser Aufgabenstellung ist es nicht verwunderlich, daß die mitteldeutschen Kommunisten die verstärkte klassenmäßige Erziehung der Schüler und Studenten auch durch ein Ausleseverfahren vorantreiben wollen. In jüngster Zeit mehren sich die Klagen christlicher Schüler und Eltern, daß trotz überdurchschnittlicher Leistungen treue christliche Schüler wieder beträchtliche Schwierigkeiten haben, einen Platz an der Erweiterten Oberschule zu bekommen. Die Eltern erhalten häufig einen vervielfältigten Bescheid mit einer faksimilierten Unterschrift des Vorsitzenden der Aufnahmekommission, in dem u. a. erklärt wird: „Nach eingehender Prüfung der Unterlagen“ könne man „auf Grund der gegenüber den Planzahlen weitaus größeren Zahl von Bewerbern“ dem Antrag nicht zustimmen.

#### *Die Ablehnungsmotive*

Das wirkliche Ablehnungsmotiv ist meist die Sanktion für die Nichtbeteiligung der Eltern an „Volkswahlen“ oder der Jugendlichen an der Jugendweihe. In einzelnen Gesprächen gestanden die Schulräte offen ein, daß für die Zulassung zur Erweiterten Oberschule a) die Leistungen, b) das Gesamtverhalten in der Schule, c) das gesellschaftliche Verhalten des Schülers und seiner Eltern zum sozialistischen Staat entscheidend sind. Eltern, die gegen den Ablehnungsentscheid Einspruch erhoben haben, mußten sich von den Schuldirektoren mitunter vorwerfen lassen, daß sie ihre Kinder in einer „falschen“, d. h. gläubigen, Richtung erziehen.

Auch heute werden Kinder von den Lehrern durch folgende Fragen unter Gewissensdruck gesetzt: „Wer glaubt noch an Gott?“, „Warum glaubt ihr an Gott?“, „Wer geht zum Pastor?“, „Was macht ihr da?“, „Ihr braucht dort nicht hinzugehen, da lernt ihr nichts fürs Leben!“ Schülern, die sich in einem Internat aufhalten, wird in der Regel in der Woche jede Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen unmöglich gemacht. Trotz der gegebenen Behinderungen nehmen bis jetzt noch 60% der mitteldeutschen katholischen Kinder regelmäßig am Religionsunterricht teil.

Offenbar wollen die mitteldeutschen Kommunisten durch ein zielstrebiges Ausleseverfahren an den Erweiterten Oberschulen die verstärkte klassenmäßige Erziehung der künftigen Intelligenz fördern. Wer infolge religiöser Gesinnung nicht genügend Klassenbewußtsein zeigt, wer sich der sozialistischen Erziehung beharrlich widersetzt, gilt als unzuverlässig und soll vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden.

Die Kirchen stehen hier vor einer schweren Aufgabe. Sie bemühen sich — soweit es möglich ist —, durch Einsprüche sowie Eingaben vorhandene Benachteiligungen aufzuzeigen und auf Abhilfe zu drängen.

Die Unruhe, die die Weltkirche nach dem Konzil erfaßt hat, wirkt sich auch auf Mitteldeutschland aus. Unter den Bedingungen kommunistischer Diktatur wirken manche Momente sogar noch stärker, weil die Kommunisten und die katholischen Kollaborateure an einige Dinge anknüpfen, um Verwirrung zu stiften. Gerade unter diesen Bedingungen gilt es bei der aktuellen Frage des Dialogs die entscheidende Frage zu prüfen, wieweit für einen Dialog mit den mitteldeutschen Kommunisten die Voraussetzungen gegeben sind.

#### *Dialog auf Distanz*

In einer Stellungnahme „Zum Dialog“, die von einem Kreis von Priestern aus beiden Teilen des Bistums Berlin erarbeitet wurde, heißt es u. a.: „Man spricht viel vom Dialog mit dem kommunistischen Atheismus, mit dem dialektischen Materialismus, mit dem Marxismus-Leninismus. Wer aber ist dieser Partner in concreto? Wie immer man einige Vertreter kommunistischer Parteien westlicher Länder beurteilen mag — der kommunistische Partner in einem Land, das der Kommunismus totalitär beherrscht, ist niemals einfach Vertreter einer Weltanschauung, sondern unweigerlich beauftragtes Glied seiner Partei und ihres Weltanschauungsstaates. Das heißt: er ist im Dienst eines ideologischen und administrativen Systems, das natura sua eine irgendwie geartete Partnerschaft der Kirche nicht anerkennen, sondern nur allenfalls ihre gehorsame Mitläuferschaft dulden kann.“

Die noch stärkere Pervertierung jeglicher Dialogbasis

erfolge aber in einem totalitären Staat eben dann, wenn einer als Christ, mit christlichem Gedankengut oder im Namen des Christentums sich in dieses administrative und ideologische System einfüge und so als Partner für das Gespräch mit dem Atheismus auftrete.

Denn damit unterwerfe er sich in concreto einer Fülle von Bedingungen, die einen Dialog unmöglich machten: das Thema sei vorgegeben, denn es könne nur der offiziellen Politik entsprechen. Der Ausschnitt aus der Wirklichkeit, der Dialoggegenstand sein darf, sei festgelegt. Das Ergebnis sei vorherbestimmt, denn es könne ja nur eine Akklamation zur Administration sein.

Man könne sich vorstellen, mit welcher Wonne so die Begriffe der konziliaren Diskussion: Laiensendung, Laienmündigkeit usw., angenommen und in die Taktik eingefügt werden. Ein Dialog sei erst möglich, wenn diese „totale Perversion der Dialogbasis“ aufgehoben werde. Solange etwa ein Buchmanuskript nicht gedruckt werden dürfe, weil einige Sätze als Kritik am „wissenschaftlichen Fortschritt“ gedeutet werden könnten, sei Dialog „Selbstbetrug und Betrug für alle Außenstehenden“.

„In einem Weltanschauungsstaat“, so heißt es in dem Manifest weiter, gebe es öffentlich keine Möglichkeit des Dialogs. Es gebe allenfalls begrenzte Verhandlungen und notfalls den Protest. Jeder Atheist, der Dialogpartner sein wolle, sei willkommen. Es sei Aufgabe der Kirche, „zumindest aller entsprechend Gebildeten in ihr, die Position des anderen zu verstehen, auch wo sie nicht bejaht werden kann“, sich befragen zu lassen und von solcher Befragung aus die eigene Position zu überdenken. Dies gelte überall, auch in einem atheistischen Staat.

Jedes Gespräch aber mit einem auch noch so unterbetonten Öffentlichkeitscharakter im Raum eines Weltanschauungsstaates sei ein politisches Mittel, oft ein Druckmittel. Da grundsätzlich alles der parteilich-administrativen Zielsetzung zu dienen habe, müsse es auch das Gespräch und es sei folglich „a limine pervertiert“. Das könne nur den wundern, der blind dafür sei, „daß dieselbe Perversion für alle Lebensgebiete und Lebensbereiche in einem totalitären Staat zutrifft: Arbeit, Sport, Literatur, Schule, Bildung, Familie“ (zitiert nach dem Informationsdienst Nr. 28 des „Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen e. V.“, S. 3 ff.).

#### *„Gemeinsames Handeln“*

Für die Kommunisten soll der „Dialog“ mit Christen dazu führen, die Christen zu „fortschrittlichem Handeln“ zu führen. Frank Rupprecht bemerkte im Heft 8 (1966) der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ auf Seite 932 u. a.: „Daß wir uns in keiner Phase der Entwicklung nur auf einen Dialog beschränkt haben, sondern immer zum gemeinsamen Handeln aufgefordert haben und übergegangen sind. Daraus ist dann auch die politisch-moralische Einheit in der DDR, die sich ständig weiterentwickelt, erwachsen.“ Weiter schreibt Rupprecht: „Allen am Christentum festhaltenden Menschen soll hier erst einmal klar werden, daß sie *nicht* zum Atheismus überzugehen brauchen, wenn sie am antiimperialistischen Kampf, am Friedenskampf, teilnehmen oder in den sozialistischen Ländern zuversichtlich den Sozialismus mit aufbauen und sich dabei auch schrittweise bestimmte Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft aneignen. Daß letzteres nicht vollständig möglich ist, solange man die Religion nicht aufgibt, wird dabei keineswegs verschwiegen.“

Unter den gegebenen Bedingungen kommunistischer Herrschaft könnte ein unkritisches Verhalten in Mitteldeutschland nur den Kommunisten und den christlichen Kollaborateuren nutzen.

Da die mitteldeutschen Katholiken schon 21 Jahre unter einem kommunistischen Regime leben müssen, Chancen für eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht vorhanden sind und demzufolge die „DDR“ auch nicht mehr als kurzfristiges Provisorium angesehen wird, ist es verständlich, daß inzwischen auch verschiedene Katholiken neue Überlegungen anstellen.

Es tauchen die Fragen auf: ob man noch an der alten Konzeption „Dieser Staat ist ein fremdes Haus“ (Erklärung von Bischof Spülbeck auf dem Kölner Katholikentag 1956) festhalten könne und weiterhin politisch völlig abseits stehen müsse, oder ob es nicht doch echte und vertretbare Möglichkeiten einer begrenzten Mitarbeit der Katholiken in der sozialistischen Gesellschaft gebe und wie und in welchem Maße man sich gegebenenfalls anpassen müßte. Je länger die Mauer in Berlin steht, desto stärker tritt insbesondere bei katholischen Studenten, Jungakademikern und im Mittelstand, aber auch bei einigen jüngeren Geistlichen der Trend zum neuen Überdenken der gegebenen Situation auf.

Die Anerkennung des bestehenden Regimes wird von diesen Kräften als eine wichtige Voraussetzung angesehen, um als christliche Staatsbürger wirklich auftreten und das Beste bewerkstelligen bzw. das Schlimmste verhüten zu können. Es gibt bei manchen Katholiken in Mitteldeutschland die Befürchtung, daß das Verharren in der bisherigen Position noch mehr zu einer gesellschaftlichen Isolierung der Kirche führe und sie ganz ins Getto gedrängt werde. Es gibt daher Stimmungen für ein begrenztes Engagement in der sozialistischen Gesellschaft, bei Wahrung kritischer Distanz zur kommunistischen Ideologie.

#### *Das Verhalten des Episkopats*

Der katholische Episkopat in Mitteldeutschland hat sich bisher nachdrücklich und erfolgreich aller Umarmungsversuche kommunistischer Behörden oder gesellschaftlicher Organisationen erwehrt. Da die Christen in der Praxis des grauen Alltags als Staatsbürger zweiter Klasse gelten, halten es die Bischöfe nicht für gerechtfertigt, das kommunistische Regime zu unterstützen, weil sie damit den Katholiken in den Rücken fallen und sie in ihrer Haltung negativ beeinflussen würden. Der katholische Episkopat betreibt keine Obstruktionspolitik, aber er ist bestrebt, konsequent — ohne sich mit dem Regime zu arrangieren — für die Erhaltung des pastoralen Wirkungsbereichs der Kirche einzutreten. Die Kirche sucht keinen Kampf, aber sie widersetzt sich auch der Unterwerfung. In wesentlichen Grundfragen wurde die Position der Kirche, z. B. beim Schutz des werdenden Lebens (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 12 ff.), in der Jugenderziehung und bei der Neugestaltung des Familienrechts, unnachgiebig öffentlich oder in Briefen an den Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht. In den Methoden wird vom katholischen Episkopat eine flexible, in den Grundsätzen eine feste Haltung eingenommen. An staatlichen Empfängen und Kundgebungen nehmen die katholischen Bischöfe nicht teil, mitunter werden derartige Veranstaltungen aber von Mitarbeitern des Ordinariats besucht.

Die Ost-CDU setzt auch ihre Bemühungen fort, für Ende 1967 oder Anfang 1968 die dritte Tagung der „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staa-

ten“ nach Ostberlin einzuberufen. Im Oktober dieses Jahres tagte der „Internationale Fortsetzungsausschuß“ dieser Konferenz und rief einen „Arbeitsausschuß“ ins Leben, zu dessen Leiter Otto Hartmut Fuchs berufen wurde. Fuchs, der profilierteste katholische Kollaborateur in Mitteldeutschland, ist damit auch funktionell direkt hervorgetreten. Schon bei der ersten und zweiten Tagung wirkte Fuchs als wichtigster Drahtzieher hinter den Kulissen. Die Ziele dieser Konferenz sind unverändert (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 211 ff.). Es soll der Eindruck erweckt werden, daß die Gruppen „fortschrittlicher“ Katholiken in kommunistischen Ländern angesehene Partner der Kommunisten sind und mit ihnen erfolgreich im „Dialog“ stehen. In Wirklichkeit sind diese Gruppen vom „Dialog“ ausgeschlossen, weil die Kommunisten in der Realität des Alltags — wenn kein Propagandabedürfnis nach außen vorliegt — einen „Dialog“ mit diesen Kollaborateuren für überflüssig halten. Im Ausland wirken insbesondere der holländische Dominikaner Andreas Dekker und sein englischer Ordensbruder Boxer für die Ziele dieser Konferenz.

In den Kräfteverhältnissen zwischen SED, Staat und Kirche traten in der letzten Zeit keine nennenswerten Veränderungen ein. Die Kirche konnte ihre Position gut behaupten. Die Kirchaustritte sind beträchtlich zurückgegangen und können gegenwärtig als sehr geringfügig angesehen werden. Der Kirchenbesuch hat nicht abgenommen, die Teilnahme an Prozessionen und Wallfahrten weist sogar eine steigende Tendenz auf. Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß — ähnlich den Erfahrungen in der NS-Zeit — manche Teilnehmer von Prozessionen weniger aus eigener religiöser Gesinnung, sondern vornehmlich aus Motiven einer politischen Protesthaltung gegenüber dem Ulbricht-Regime mitgehen. Auch hinsichtlich der Beteiligung am Religionsunterricht gibt es Beispiele, daß religiös ziemlich abständige Eltern aus dem Motiv der Auflehnung gegenüber der ziemlich umfassenden kommunistischen Indoktrination ihre Kinder in den Religionsunterricht schicken, um ein Gegengewicht gegenüber der kommunistischen Beeinflussung zu schaffen. Vielleicht ist es symptomatisch, daß in jüngster Zeit auch in Mitteldeutschland ein Rückgang der Priester- und Ordensberufe zu verzeichnen ist (z. Zt. sind im Erfurter Priesterseminar noch 227 Theologen immatrikuliert, vor vier Jahren waren es 260). Insbesondere die weiblichen Orden sind überaltert (von den 3000 in Mitteldeutschland wirkenden Ordensschwester ist die Hälfte über 50 Jahre alt, das Durchschnittsalter liegt bei 57 Jahren). Katholische Einrichtungen (Krankenpflegeschulen, Kindergärtnerinnenseminare, Katechetenbildungsstätten, Seelsorgehelferinnenseminare u. a.) sind jedoch sehr gut besetzt und können über Nachwuchsmangel nicht klagen.

#### *Erzwungenes Getto*

Da die Kirche unter den Bedingungen kommunistischer Diktatur praktisch ins Getto gedrängt wurde, hat das Gemeindeleben eine besondere Prägung aufzuweisen. Notgedrungen konzentrieren sich in einem Getto alle Kräfte nach innen, weil die Wirksamkeit nach außen erschwert bzw. weitgehend unterbunden ist. Unter diesen Bedingungen gibt es vielfach eine vorbildliche christliche Aktivität im Gemeindekern. Weniger im theologischen oder politischen Disput über die Stellung der Katholiken in der Welt, sondern auf dem gelebten Christentum liegt das Schwergewicht. Der Zusammenhalt der Gläubigen ist

beispielhaft. Wer sich heute in Mitteldeutschland noch zur Kirche bekennt, weiß, warum er es tut, und ist bereit, dafür Opfer zu bringen und auch Nachteile in Kauf zu nehmen. Die Bereitschaft zur aktiven kirchlichen Mitarbeit ist durchaus vorhanden. Junge Handwerker sind vielfach bereit, unentgeltlich in Freistunden an kirchlichen Bauwerken zu arbeiten. Die katholischen Krankenhäuser in Mitteldeutschland sind im Gegensatz zu den staatlichen durch Personalmangel nicht behindert.

Die katholische Kirche in Mitteldeutschland ist jedoch materiell arm. Sie lebt vorwiegend in der Diaspora. Im Zuge der Sozialisierung und der Fluchtbewegung hat die altersmäßige und soziale Zusammensetzung der Gemeinden sich verschlechtert. Die Vermögenden und Wohlhabenden sind verarmt oder flüchteten. Eine „Kirchensteuer“ gibt es nicht mehr, da die Finanzbehörden diese „Steuer“ weder einziehen noch irgendwelche Einkommensunterlagen den Kirchen zur Steuerfestsetzung zur Verfügung stellen. Zwar steigt vielerorts der Ertrag der Kollekten, aber die „Kirchensteuer-Einkünfte“ stagnieren bzw. zeigen eine leicht fallende Tendenz. Große Summen werden allein benötigt, um alte, reparaturbedürftige Kirchen aus früheren Jahrhunderten zu erhalten (z. B. den Erfurter Dom). Die katholischen Diözesen der Bundesrepublik unterstützen die Kirche in der mitteldeutschen Diaspora im Rahmen des Möglichen. Der innerkirchliche Lastenausgleich zwischen West und Ost verläuft befriedigend.

#### *Druck auf die EKD*

Die evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat insgesamt unter den gleichen Drangsalen zu leiden. Der von den Kommunisten aktiv geförderte „Säkularisierungstrend“ (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 470 ff.) hat insbesondere für die evangelische Kirche negative Auswirkungen. Die SED und die kommunistischen Behörden sind gegenwärtig mit großer Intensität bemüht, ihren Druck zur Zerstörung der Einheit der EKD zu erhöhen. Da es innerhalb der evangelischen Kirche bereits eine kleine Gruppe kirchlicher Amtsträger gibt, die zur Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Ulbricht-Regime bereit sind, glaubt die SED-Führung ihre Einbruchserfolge ausbauen zu können. Hier sei nur auf den erneuten Vorstoß des Ostberliner Theologieprofessors Hanfried Müller hingewiesen. Die SED-Presse nahm die Wahl von Generalsuperintendent Schönherr zum Bischofsverweser von Berlin-Brandenburg mit Beifall auf und bescheinigte ihm, ein „treuer Staatsbürger der DDR“ zu sein. Bischofsverweser Schönherr gehört jenem „Weißenseer Arbeitskreis“ an, vor dem Hanfried Müller die Spaltung der Kirchenprovinz forderte. Außerdem ist Schönherr auch stellvertretender Vorsitzender der „DDR“-Region in der Prager Friedenskonferenz.

Gegenwärtig beginnen sich die kommunistischen Behörden und Organisationen bei der Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 450. Jahrestag der Reformation und zum 900jährigem Jubiläum der Wartburg stark in den Vordergrund zu spielen, um sich als Bewahrer der fortschrittlichen geschichtlichen Tradition auszugeben, den Feierlichkeiten anlässlich dieser Gedenktage weitgehend ihren Stempel aufzudrücken und die kirchlichen Anliegen soweit als möglich herauszudrängen. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die evangelische Kirchenleitung diesen Jubiläen mit einiger Sorge entgegen sieht.